KLEINE ANFRAGE

der Abgeordneten Beate Schlupp, Fraktion der CDU

**Beabsichtigte Ausweisung eines Trinkwasserschutzgebietes in Pasewalk
und**

ANTWORT

der Landesregierung

Den Medien war zu entnehmen, dass seitens der Landesregierung südlich von Pasewalk ein Trinkwasserschutzgebiet in einer Größenordnung von 3 000 Hektar ausgewiesen werden soll.

1. Wie ist der Stand der Ausweisung des Trinkwasserschutzgebietes südlich von Pasewalk?

Es ist davon auszugehen, dass mit dieser Frage die Ausweisung des Trinkwasserschutzgebietes (TWSG) Schmarsow gemeint ist. Die Stadtwerke Pasewalk GmbH hat die Festsetzung des TWSG Schmarsow angeregt. Vor der Entscheidung über die Festsetzung war gemäß § 122 Absatz 3 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) ein Anhörungsverfahren im Sinne des § 73 Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG M-V) durchzuführen. Zuständige Anhörungsbehörde gemäß § 107 Absatz 4 Satz 2 Buchstabe a LWaG war das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern (StALU VP). Die Antragsunterlagen haben in der Zeit vom 15. Juli 2024 bis zum 14. August 2024 in der Stadt Pasewalk ausgelegen. Der Erörterungstermin, auf dem die rechtzeitig erhobenen Einwendungen gegen den Plan, sowie die Stellungnahmen der Betroffenen und der Träger öffentlicher Belange zu dem Plan zu erörtern waren, fand am 22. Januar 2025 in Pasewalk statt. Gegenwärtig fertigt das STALU VP die Niederschrift über die Erörterung an und erarbeitet eine fachtechnische Stellungnahme für das Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern als verordnungsgebende Stelle.

2. Wie werden betroffene Grundstückseigentümer und -nutzer bei der Ausweisung eines Trinkwasserschutzgebietes informiert bzw. beteiligt?

Grundsätzlich wird auf den § 73 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG M-V) verwiesen, in dem das Anhörungsverfahren geregelt ist. Nach § 73 Absatz 2 VwVfG M-V sind die Planungsunterlagen für das TWSG in den Gemeinden, in denen sich das TWSG voraussichtlich auswirken wird, gemäß Absatz 3 für die Dauer eines Monats auszulegen. Gemäß Absatz 5 haben die betroffenen Gemeinden die Auslegung vorher ortsüblich bekannt zu machen. Die ortsübliche Bekanntmachung richtet sich nach den Vorgaben der Hauptsatzung der jeweils betroffenen Kommune. Nicht ortsansässige Betroffene, deren Person und Aufenthalt bekannt sind oder sich innerhalb einer angemessenen Frist ermitteln lassen, sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Anhörungsbehörde oder bei der betroffenen Gemeinde Einwendungen gegen den Plan erheben (Absatz 4).

Nach Ablauf der Einwendungsfrist hat die Anhörungsbehörde die rechtzeitig gegen den Plan (des TWSG) erhobenen Einwendungen respektive die rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen zu dem Plan mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Betroffenen sowie denjenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, zu erörtern (Absatz 6).

Die Anhörungsbehörde gibt zum Ergebnis des Anhörungsverfahrens eine Stellungnahme ab und leitet diese dem Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt nach Abschluss der Erörterung mit dem Plan (des TWSG), allen Stellungnahmen sowie den nicht erledigten Einwendungen zu. Das Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt entscheidet im Rahmen der Abwägung unter Einbeziehung der zur Verfügung stehenden Unterlagen und Stellungnahmen über die Festsetzung des TWSG.

3. Welche Gründe liegen für die Ausweisung des Trinkwasserschutzgebietes südlich von Pasewalk vor?

Die Wasserfassung Schmarsow verfügt über ein TWSG, das auf der Grundlage des Beschlusses Nummer 13-56/81 des Kreistages Pasewalk am 21. Mai 1981 festgesetzt und durch das LWaG in seiner Gültigkeit bestätigt wurde. Die derzeit bestehenden Schutzzonen der Wasserfassung basieren auf hydrogeologischen Untersuchungen aus den 60er Jahren. Diese entsprechen nicht mehr den aktuellen Anforderungen und vor allem nicht dem Einzugsgebiet der Brunnenstandorte. Um einen entsprechenden Schutz des Einzugsgebietes der Wasserfassung entsprechend den hydrogeologischen Verhältnissen am Standort vor schädlichen Einflüssen zu gewährleisten, ist die Überarbeitung/Neuausweisung des TWSG erforderlich. Ebenso entsprechen die im Beschluss festgelegten Verbote und Nutzungsbeschränkungen nicht mehr den aktuellen Kenntnissen und Regelungen und müssen angepasst werden.

4. Inwieweit wurden seitens des Trinkwasserversorgers andere Möglichkeiten der Wassergewinnung geprüft?

Schon die Grundwassererkundung in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in den Jahren 1962/1963 ergab für die Wasserversorgung der Stadt Pasewalk als ergiebigste Grundwasserlagerstätte den Standort Schmarsow-Nieden, dieser wurde in den 80er-Jahren bestätigt. Der in der Wasserfassung Schmarsow genutzte Hauptgrundwasserleiter weist aufgrund seiner mittel- bis grobsandigen Ausbildung und seiner großen Mächtigkeit sehr gute Zuflussbedingungen und folglich eine hohe Ergiebigkeit auf. Die jüngste Überprüfung bestätigte, dass es auch in der Umgebung von Schmarsow keine andere vergleichbar gut geeignete Möglichkeit für die Trinkwasserversorgung der Stadt Pasewalk gibt, die mit entsprechend geeigneten Grundwasserlagerstätten wie Schmarsow ausgestattet ist. Demzufolge ist eine andere, für die jeweils Betroffenen weniger belastende zumutbare Alternative einer Trinkwassererschließung, im Vergleich zu der vorhandenen Wasserfassung Schmarsow nicht vorhanden.

Die in der Umgebung stillgelegten Wasserfassungen wie Damerow, Züsedom und Brietzig belegen zusätzlich, dass das Gebiet bei Pasewalk hinsichtlich des Grundwasserdargebotes mit ausreichender Quantität und Qualität auserkundet ist.

5. Welche Auswirkungen hat die Ausweisung des Trinkwasserschutzbereiches auf die landwirtschaftliche Nutzung betroffener Flächen und deren Verkehrswert?

Durch Bestimmungen in der TWSG-Verordnung kann die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung eingeschränkt werden. Es wird hierzu auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

Zu den Auswirkungen auf den Verkehrswert betroffener Flächen liegen der Landesregierung keine Angaben vor.

6. Inwieweit werden Nutzungseinschränkungen oder Wertminderungen der Grundstücke durch die Landesregierung oder den Trinkwasserversorger kompensiert?
 - a) Wenn ja, welche Haushaltsmittel stehen hierfür zur Verfügung?
 - b) Wenn nicht, warum nicht?

Die Fragen 6, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Stellt eine Schutzanordnung in der TWSG-Verordnung eine unzumutbare Beschränkung im Sinne des § 52 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) dar, so ist eine Entschädigung zu leisten. Entschädigungspflichtig ist gemäß § 97 WHG im Allgemeinen derjenige, der durch die Festsetzung des TWSG begünstigt wird.

Setzt eine Bestimmung in der TWSG-Verordnung gemäß § 52 Absatz 5 WHG erhöhte Anforderungen gegenüber einer ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung fest, ist vom Begünstigten der TWSG-Verordnung ein angemessener Ausgleich zu leisten. Der Begünstigte ist im Regelfall der Wasserversorger, der die Festsetzung des TWSG angeregt hat.

Da eine Kompensierung der genannten Einschränkungen und Wertminderungen durch die Landesregierung rechtlich nicht vorgesehen ist, sind entsprechende Haushaltsmittel nicht eingeplant. Die von den TWSG-Verordnungen Begünstigten leisten gegebenenfalls Entschädigung oder Ausgleich auf der Grundlage des Wasserrechts.

7. Wie viele Anträge auf Erweiterung bzw. Neuausweisung von Trinkwasserschutzgebieten liegen derzeit bei den zuständigen Behörden vor?

Aufgrund der dem Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern vorliegenden Zahlen ist davon auszugehen, dass bei den zuständigen Behörden des Landes derzeit 35 bearbeitbare (vollständige) Anträge auf Überarbeitung bzw. Neuausweisung von TWSG vorliegen.

8. Ist beabsichtigt, die Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt für Kompensationszahlungen an Grundstückseigentümern oder -nutzer zu verwenden?
- a) Wenn ja, in welcher Größenordnung?
 - b) Wenn nicht, warum nicht?

Die Fragen 8, a) und b) werden zusammenhängend beantwortet.

Nein, dies ist nicht vorgesehen. Die diesbezüglich im LWaG bestehende Regelung (§ 18 Absatz 4) bleibt unangetastet.

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

9. Wie hoch ist derzeit das Aufkommen aus dem Wasserentnahmeentgelt (bitte die Einnahmen der zurückliegenden fünf Jahre detailliert aufzeigen)?

Jahr	Einnahmen Wasserentnahmeentgelt (Titel 0804 099.40 MG 40)
2020	11 017 361,46 Euro
2021	10 547 611,69 Euro
2022	11 129 722,85 Euro
2023	10 028 101,23 Euro
2024	10 077 302,92 Euro

10. Wofür wurde das Wasserentnahmeentgelt in den zurückliegenden fünf Jahren verwendet (bitte detailliert für jedes Jahr angeben)?

Das Aufkommen aus dem Entgelt für Wasserentnahmen ist gemäß § 18 Absatz 4 LWaG zweckgebunden insbesondere für Maßnahmen zu verwenden, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte oder der Gewässerunterhaltung dienen. Das Aufkommen wird ausschließlich für die im Gesetz normierten Zwecke verwandt. Ein Überblick über die Verwendung des jährlichen Aufkommens der Jahre 2020 bis 2024 kann, aufgegliedert nach Haushaltstiteln, der Anlage entnommen werden.

Vor dem Hintergrund der besseren Übersichtlichkeit der einzelnen Maßnahmen wurden die Ausgabesummen über die Jahre 2020 bis 2024 nach Haushaltstiteln der Maßnahmengruppe 40 (Wasserentnahmeentgelt) des Kapitels 0804 (Allgemeine Bewilligungen) [bis 2023 Kapitel 0802] des Einzelplans 08 angegeben und jeweils den Schwerpunkten Erhaltung/Verbesserung der Gewässergüte (ohne Grunderwerb), Grunderwerb für Gewässerentwicklungsmaßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, Gewässerunterhaltung und Verwaltungsaufwand beim Vollzug der Vorschriften über das Wasserentnahmeentgelt zugeordnet. Hinsichtlich der detaillierten Verwendung wird auf die Erläuterungen im jeweiligen Haushaltsplan verwiesen.

Anlage

Erhaltung/Verbesserung der Gewässergüte
 (ohne Grunderwerb)

Titel	Zweckbestimmung	2024 (in Euro)	2023 (in Euro)	2022 (in Euro)	2021 (in Euro)	2020 (in Euro)
428.42	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zusammenhang mit Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen <i>(bis 2019 aus Abwasserabgabe finanziert)</i>	52 032,04	48 576,93	0,00	0,00	30 709,50
428.49	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte <i>(bis 2017 Titel 428.40, 428.41 und 428.48)</i>	2 389 229,75	2 078 351,96	1 599 301,29	1 599 301,29	1 082 470,11
517.40	Bewirtschaftung von Liegenschaften, die für Gewässerentwicklungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie vorgehalten werden	19 476,79	30 636,15	32 056,35	20 002,67	41 936,37

Titel	Zweckbestimmung	2024 (in Euro)	2023 (in Euro)	2022 (in Euro)	2021 (in Euro)	2020 (in Euro)
533.49	Ausgaben auf Grund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen für Maßnahmen zur Erhaltung/Verbesserung der Gewässergüte	2 087 615,82	1 767 862,70	1 405 752,66	1 265 652,90	1 193 977,19
	<i>1. Vorbereitung, Begleitung und Kontrolle von Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte, Sonstiges (bis 2017 Teil von Titel 533.40)</i>	<i>543 781,28</i>	<i>317 500,22</i>	<i>362 338,96</i>	<i>433 880,39</i>	<i>373 714,22</i>
	<i>2. Gewässerkundliche Messprogramme (bis 2017 Titel 533.41)</i>	<i>1 408 245,64</i>	<i>1 281 432,87</i>	<i>894 276,25</i>	<i>730 582,62</i>	<i>624 296,52</i>
	<i>3. Vergütung der Landgesellschaft für die Verwaltung, Verpachtung und Veräußerung derjenigen Flächen, die das Land für die Umsetzung der WRRL von der BVVG erworben hat (bis 2017 Teil von Titel 533.40)</i>	<i>135 588,90</i>	<i>168 929,61</i>	<i>149 137,45</i>	<i>101 189,89</i>	<i>195 966,45</i>

Titel	Zweckbestimmung	2024 (in Euro)	2023 (in Euro)	2022 (in Euro)	2021 (in Euro)	2020 (in Euro)
547.49	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte	257 483,49	247 049,35	236 050,81	230 880,43	249 737,29
	1. <i>Gewässerkundliche Anlagen (bis 2017 Titel 547.41)</i>	254 627,00	245 037,89	234 261,29	224 493,94	246 738,97
	2. <i>vom Land allein zu tragende Ausgaben für Maßnahmen zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (bis 2019 aus Abwasserabgabe finanziert)</i>	0,00	0,00	0,00	2 959,52	0,00
	3. <i>vom Land allein zu tragende sächliche Ausgaben für Geräte und Fahrzeuge zur Schadstoffbekämpfung im Ufer- und Hafenbereich (bis 2019 aus Abwasserabgabe finanziert)</i>	2 856,49	1 789,52	1 789,52	3 426,97	2 998,32
	4. <i>Sonstiges (bis 2017 Titel 547.40 und 547.48)</i>	0,00	221,94	-,-	-,-	0,00

Titel	Zweckbestimmung	2024 (in Euro)	2023 (in Euro)	2022 (in Euro)	2021 (in Euro)	2020 (in Euro)
632.49	Landesanteil an den Kosten länderübergreifend finanzierter Einrichtungen und Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte in Trägerschaft Dritter	1 219 634,91	955 920,33	1 027 174,13	1 011 459,12	815 797,52
	1. <i>Gemeinsame Vorsorge- und Einsatzmaßnahmen zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (bis 2019 aus Abwasserabgabe finanziert)</i>	1 075 304,97	803 745,61	881 144,60	881 380,47	677 530,85
	2. <i>Havariekommando in Cuxhaven (bis 2019 aus Abwasserabgabe finanziert)</i>	144 329,94	152 174,72	146 029,53	130 078,65	138 266,67
	3. <i>Monitoringprogramm für prioritäre Stoffe zur Ableitung deutschlandweiter differenzierter Emissionsfaktoren zur Bilanzierung der Stoffeinträge aus kommunalen Kläranlagen (zeitlich befristetes Projekt)</i>	-,	-,	-,	0,00	0,00
812.49	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte (bis 2017 Titel 812.42)	2 170 478,25	1 066 938,27	431 087,14	702 292,57	672 308,63
882.49	Landesanteil an den Kosten länderübergreifend finanzierter Einrichtungen und Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte in Trägerschaft Dritter	775 003,61	659 217,36	581 593,46	301 191,04	324 247,05
	1. <i>Gemeinsame Investitionen des Bundes und/oder der Küstenländer zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (bis 2019 aus Abwasserabgabe finanziert)</i>	775 003,61	659 217,36	581 593,46	301 191,04	324 247,05

Titel	Zweckbestimmung	2024 (in Euro)	2023 (in Euro)	2022 (in Euro)	2021 (in Euro)	2020 (in Euro)
883.49	Zuwendungen für Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte einschl. Sicherung der Trinkwasserversorgung (außerhalb von EU-Fonds)	298 666,27	404 300,87	332 862,24	429 639,30	451 284,22
	1. Vorhaben zur Sanierung von Grundwasserverunreinigungen auf Grund punktueller Schadstoffquellen (bis 2017 Titel 883.40)	0,00	0,00	136 926,29	386 204,78	178 004,99
	2. Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung (bis 2017 Titel 883.41)	298 666,27	404 300,87	195 935,95	43 434,52	273 279,23

Grunderwerb für Gewässerentwicklungsmaßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Titel	Zweckbestimmung	2024 (in Euro)	2023 (in Euro)	2022 (in Euro)	2021 (in Euro)	2020 (in Euro)
822.40	Grunderwerb/dingliche Sicherung und Ähnliches für Gewässerentwicklungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (bis 2019 Titel 821.40)	5 956,70	61 195,03	25 926,07	456 529,75	143 442,03
882.40	Erstattung der aus Landesmitteln vorfinanzierten Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken der BVVG zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (neu ab 2018)	1 500 000,00	1 500 000,00	3 500 000,00	2 400 000,00	3 000 000,00

Gewässererhaltung

Titel	Zweckbestimmung	2024 (in Euro)	2023 (in Euro)	2022 (in Euro)	2021 (in Euro)	2020 (in Euro)
428.41	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Gewässerunterhaltung (<i>Gewässer I. Ordnung</i>) (<i>neu ab 2020</i>)	317 722,64	223 890,28	256 712,74	191 099,03	36 740,55
521.41	Unterhaltung der Gewässer I. Ordnung und der zugehörigen wasserwirtschaftlichen Anlagen	2 513 417,80	1 203 379,75	2 050 357,48	2 070 230,18	1 666 340,11

Verwaltungsaufwand beim Vollzug der Vorschriften über das Wasserentnahmeentgelt

Titel	Zweckbestimmung	2024 (in Euro)	2023 (in Euro)	2022 (in Euro)	2021 (in Euro)	2020 (in Euro)
547.44/ 812.44	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben/investive Ausgaben im Zusammenhang mit dem Verwaltungsaufwand bei der Umsetzung der Vorschriften über das Wasserentnahmeentgelt	46 808,34	0,00	0,00	2 215,78	0,00
633.40	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (<i>Festsetzungsbehörden</i>) für den Verwaltungsaufwand beim Vollzug der Vorschriften über das Wasserentnahmeentgelt	55 404,00	31 584,00	43 968,00	56 160,00	34 272,00
		2024 (in Euro)	2023 (in Euro)	2022 (in Euro)	2021 (in Euro)	2020 (in Euro)
Summe		13 708 930,41	10 278 902,98	11 522 842,37	10 562 925,62	9 743 262,57